

## VOTUM

# Wider die Bürokratie

Ein neues Gesetz verspricht eine starke Entlastung für die deutsche Wirtschaft. Ein schöner Traum?

**S**tärkeres Wirtschaftswachstum, weniger Bürokratie - so lautet die Zauberformel allerorten, auch beim Bürokratieentlastungsgesetz. Es ist am 1. Januar in Kraft getreten und soll die Wirtschaft um nicht weniger als 750 Millionen Euro entlasten. Dabei geht es um höhere Schwellenwerte für die Buchführungspflicht sowie eine Vereinfachung der Meldepflichten.

Das hehre Ziel: Mittelstand, Kleinunternehmer und Existenzgründer sollen es einfacher haben.

Für jeden ist etwas dabei: Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sollen von entbehrlicher Bürokratie befreit werden. Kleinere Unternehmen und Existenzgründer sollen durch die Anhebung der Grenzwerte zur Buchführungs- und Aufbe-

wahrungspflicht profitieren: In der Tat ist eine Anhebung um 20 Prozent auf 600 000 Euro Jahresumsatz oder 60 000 Euro Gewinn pro Wirtschaftsjahr nicht von schlechten Eltern. Kaufleute, die unter den Grenzwerten bleiben, dürfen sich gleich doppelt freuen: Sie sind von der Inventurpflicht befreit.

Mittelständler kommen in den Genuss einer Änderung im Einkommensteuergesetz: Unternehmen können kurzfristig angestellte Arbeitnehmer pauschal mit 25 Prozent besteuern, ganz ohne Lohnsteuerkarte. Entsprechend hohe Ersparnisse verspricht der Gesetzgeber den Arbeitgebern. Zudem sollen die rund 500 Meldepflichten des Energiegesetzes schrittweise stark reduziert werden. Auch Exis-

**Niels George** ist Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht sowie für Steuerrecht in Berlin.



tenzgründer sollen ein Stück des Kuchens abhaben dürfen: Grenzwerte für die Erfassung in verschiedenen Wirtschaftsstatistiken werden angehoben.

Flankiert wird das Ganze von der seit 2015 gültigen „One in, on out“-Regelung: Bei jeder Verabschiedung einer bürokratischen Maßnahme besteht die Verpflichtung zum Abbau einer anderen Regelung. Schon werden Schreie laut, es handele sich um eine Deregulierungsoffensive mit weit geöffneter Hintertür für Wirtschaftslobbyisten. Warten wir ab, bis sich der Staub gelegt hat!

An dieser Stelle kommentieren Rechtsexperten jeden Dienstag wichtige Justiztrends.